

# Blaue Post

NR. 18

ZEITUNG DER AFD-FRAKTION SACHSEN

KOSTENLOS



## Hassen die Grünen den deutschen Wald?

Die AfD-Fraktion im sächsischen Landtag hat sich in den letzten Jahren immer wieder kritisch mit Windenergieanlagen auseinandergesetzt: So haben wir bereits 2015 ein Moratorium für den weiteren Bau solcher Anlagen in Sachsen gefordert.

Ich persönlich habe in mehreren Anfragen an die Staatsregierung kritische Aspekte beleuchtet, wie z.B. den Bau der Anlagen in Waldgebieten, die Betriebssicherheit, eine potentielle Gefährdung des Straßenverkehrs oder die Berücksichtigung des Vogel- und Tierschutzes.

Vor kurzem erschien in der Tageszeitung „Die Welt“ ein erschütternder Artikel zum Ausbau der Windenergie im schwarz-grün regierten Hessen. Im Reinhardswald, einem der letzten deutschen Urwälder, Heimat vieler Arten, auch streng geschützter Fledermäuse, wurden 7 Windvorranggebiete

ausgewiesen, auf denen jeweils bis zu 20 Windkraftanlagen gebaut werden sollen.

Jede dieser Anlagen wird mehr als 200m hoch, für jedes Fundament fließen 1000 Kubikmeter Beton in den Untergrund. Um die gigantischen Aufbau-Kräne herum muss 1 Hektar Wald gerodet werden. Maßgeblich vorangetrieben wird dieser Ausbau in Hessen von der grünen Umweltministerin.

Die Folgen, insbesondere für Vögel und Fledermäuse, sind verheerend: Bundesweit werden jedes Jahr Tausende Greifvögel von den Rotoren erschlagen. Bei den kleinen Fledermäusen zerplatzen die Lungen aufgrund des Unterdrucks hinter den Rotoren – jedes Jahr verenden so Hunderttausende.

Die zahlreichen anderen negativen Aspekte, wie die langfristigen Auswirkungen des von diesen Anlagen erzeugten Infraschalls

auch auf den Menschen, die Verspargelung unserer deutschen Kulturlandschaften und die Sinnhaftigkeit der sogenannten Energiewende an sich, sind hier noch nicht betrachtet worden.

In Deutschland stehen mittlerweile 30.000, in Sachsen 891 Windenergieanlagen. Bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr können Sie verhindern, dass es auch in Sachsen zu einer schwarz-grünen Koalition und zu einem massiven Ausbau der Windenergie kommt. Für unsere Bürgerpartei gilt das alte Leitmotiv: Verstand statt Ideologie. Gerade bei der Energiepolitik wird dieser Verstand dringend gebraucht.



von  
**Jörg Urban**  
MdB

Lieber Leser,

der Strompreis in Deutschland hat den europäischen Spitzenwert erreicht. Strom ist in Deutschland doppelt so teuer wie im europäischen Durchschnitt. Unsere Aufgabe sei keine geringere als die Rettung des Weltklimas – so die Energiewende-Apologeten des Altparteienkartells. Das bezahlen wir mit einem Standortnachteil für Unternehmen, aber vor allem mit einer außerordentlichen Belastung für den „kleinen Mann“, insbesondere für Familien.

Bis 2050 möchte die CDU 90% der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland einsparen. Diese utopische Zielsetzung würde eine Fortführung der Braunkohleindustrie ausschließen und sorgt jetzt schon dafür, dass alleine die EEG-Umlage zuletzt bei 25 Milliarden € jährlich lag. In den letzten 10 Jahren sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland um etwas über 7% zurückgegangen. Gleichzeitig haben sie sich in China und Indien jeweils mehr als verdoppelt. Bis zu 97% der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen sind natürlichen Ursprungs und nicht menschengemacht. Der menschengemachte deutsche Anteil an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen liegt bei höchstens 0,09%.

Experten rechnen für den Zeitraum bis 2050 mit Kosten in Höhe von 2.000 Milliarden € für die deutsche Energiewende. Vollkommen abgesehen davon, ob die leichte Klimaerwärmung menschengemacht ist und daran das CO<sub>2</sub> schuld ist: Diese Politik lässt sich nicht mehr rational begründen. Die CDU treibt grüne Ideologie voran und diese Ideologie ist zerstörerisch. Das führe ich in dieser Ausgabe am Beispiel der Windkraft weiter aus.

Jörg Urban, MdL



## 70 Jahre D-Mark!

### Grundlage des Aufstiegs zur viertgrößten Volkswirtschaft

Am 20.6. 1948 führten die USA in der „Bizone“ die D-Mark ein. Dieses große Ereignis erfuhr (im Gegensatz zum Marx-Geburtstag) kaum öffentliche Würdigung. Schade, wurden doch damals die Grundlagen für den Aufstieg Deutschlands zur weltweit viertgrößten Volkswirtschaft gelegt. Der Aufstieg aus Trümmern zu bislang unerreichtem Wohlstand begann. Was war geschehen?

Im Mai 1948 fehlten die Arbeiter durchschnittlich 9,5 h pro Woche, um Nahrungsmittel zu besorgen. Ein Straßenbahnschaffner verdiente 220 Reichsmark – weniger als der Preis für ein Stück Butter auf dem Schwarzmarkt. Bezugsscheine teilten alle 15 Jahre ein Paar Schuhe zu. Die Staatsverschuldung des Deutschen Reiches betrug das viermalige der Wirtschaftsleistung von 1936. Tauschwirtschaft herrschte – US-Zigaretten ersetzten die Reichsmark.

Um dies zu beenden, wurden in den USA gedruckten Banknoten nach Frankfurt gebracht. Ludwig Erhard, damals Wirtschaftsrat der Bizone, strebte den Abbau des Geldüberhangs an. Den Schwarzmärkten sollte die Basis entzogen werden. Jeder Bewohner erhielt im Umtausch für 40 Reichsmark den Betrag von 40 DM. Löhne und Mieten galten in D-Mark weiter, Spar-

einlagen hingegen wurden stark abgewertet. Die Gelegenheit der Währungsreform packte Erhard beim Schopf, um gleichzeitig (an einem Sonntag, als die Bürokratie ihm nicht in den Arm fallen konnte) die Preis- und Mengenkontrollen der Alliierten aufzuheben. Der Startschuss zur Sozialen Marktwirtschaft mit den Säulen Freiheit, Verantwortung und Wettbewerb war gefallen. Diese Ordnung sollte Deutschland lange prägen.

Vom Begriff „Wirtschaftswunder“ hielt Erhard nichts. 1948 schrieb er: „Es war nur die Konsequenz der ehrlichen Anstrengungen eines ganzen Volkes, das nach freiheitlichen Prinzipien die Möglichkeit eingeräumt erhalten hat, menschliche Initiative, menschliche Freiheit, menschliche Energie, wieder anwenden zu dürfen.“

In Zeiten von „Sozialismus light“, von Zentralismus, Umverteilung, Fernsteuerung des Individuums, kapitalvernichtender planwirtschaftlicher Vorhaben wie der „Energiewende“ tut Rückbesinnung not! Dafür steht die AfD!



von  
Mario **Beger**  
MdL



## Der Anfang vom Ende des Rundfunkbeitrags



Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den allgemein umstrittenen Rundfunkstaatsverträgen ist eine Enttäuschung für alle, die sich eine grundlegende Korrektur des Zwangsbeitragssystems erhofft hatten. Trotzdem ist es ein Anfang, denn die Befreiung der Zweitwohnungen von der Gebührenpflicht ist ein Sieg der Logik und des gesunden Menschenverstands. Es ist die erste Bresche im Damm des Zwangssystems der Rundfunkfinanzierung, die über kurz oder lang das ganze Konzept zum Einsturz bringen wird.

Den nächsten Schritt hat das Gericht selbst schon definiert. Karlsruhe verlangt in seiner Begründung zur Bestätigung des Beitragssystems die Gewährleistung von Qualität, Fairness und einen offenen Diskurs, Wettbewerbsneutralität sowieso. Das ist eine blanke Illusion, die praktisch von jeder Nachrichtensendung und Talkshow widerlegt wird. Die AfD als drittgrößte Partei wird eben nicht entsprechend ihrer Be-

deutung behandelt. Mehr noch, sie wird mit Hass und Hämie bekämpft und ausgegrenzt. Das ist so offenkundig, dass die Richter vor Scham gleich so rot werden müssten wie ihre Roben es schon sind.

Dieses Gefälligkeitsurteil offenbart aber das ganze Elend und die Machtgebundenheit des Gerichtes. Thilo Sarrazin hat einmal seinen zuständigen Ministerialbeamten gefragt, weshalb er mit seinen Prognosen zu anstehenden Verfahren vor dem BVerfG immer so richtig läge. Dieser antwortete ihm, er schaue sich nur die jeweiligen Machtverhältnisse in Bund und Ländern an. Also folgerte Sarrazin, liegt die Rechtfertigung des Rechts nicht in seiner abstrakten Wahrheit, sondern sie liegt im Politischen, den Machtverhältnissen. Also müssen wir die Machtverhältnisse ändern. Das geht natürlich nicht von heute auf morgen, wird aber mit jedem Tag und Urteil immer wahrscheinlicher. Es macht Mut, wenn das Gericht selbst die Begründung für

seine Fehlurteile liefert. Die Zwangsgebühren garantieren eben absichtlich keinen fairen Wettbewerb unter den Anbietern. Von Ausgewogenheit und korrekter Berichterstattung brauchen wir gar nicht erst zu reden. Genauso wenig wird die Freiheit der informationellen Selbstbestimmung der Hörer und Seher gewährleistet. Wer nicht entscheiden darf, welchen medialen Anbieter er mit seinem Geld unterstützt, der hat weder Einfluss noch Rechte. Das werden wir ändern, weil es das Grundgesetz (Art. 5) von uns verlangt. Die Digitalisierung und die AfD machen es möglich, mit einer Vielfalt von Initiativen in den Parlamenten und groß angelegten Petitionen. Mündige Bürger brauchen keinen Vormund, einen öffentlich-rechtlichen schon gar nicht.



von  
Karin Wilke

## Auch Zugehört Hr. Dulig? Radfahren, Bootstouren, Fototermine...

Das SMWA versandte eine Einladung, den Staatsminister Dulig auf seiner Tourismustour durch die Oberlausitz zu begleiten. Am Dienstag, den 24.07.2018 folgte ich dieser Einladung. So war ich auf der von SPD-Politikern dominierten Sommertour durch meine Heimat dabei. Erste Station war der Bertzdorfer See bei Görlitz. Der Landrat und Vertreter vom Landestourismusverband sowie von der Stadt Görlitz begleiteten die Gäste. Bei Gesprächen mit Unternehmern, die sich am See in den letzten Jahren etabliert haben, wurden die extremen bürokratischen Hürden und die Umweltauflagen angesprochen.

Immer wieder neu erstellte Umweltgutachten machen den Unternehmern das Leben schwer. Der Gänsesegler hat sich auf dem See angesiedelt, der vorher nur in den Neißebauen lebte. Nun muss dieser geschützt werden, obwohl der See mit 9,6 km<sup>2</sup> gegenüber der Neiße eine beachtliche Wasserfläche hat. Wird hier der Lebensraum des Gänsesegler's und dessen Schutzzone überdimensional berechnet? Und weiter, seit nun über 3 Jahren kämpfen Investoren um die Schifffahrtsgenehmigung des Sees. Ein Fahrgastschiff wurde bereits ge-

kauft, wartet aber vergeblich auf den ersten Einsatz. Das Ministerium klagte über zu wenig Personal in der Landesdirektion, um alle wichtigen Anträge zeitnah abzuarbeiten. Der Bürgermeister von Schönau-Berzdorf hatte ein weiteres Problem mit dem Internet am neu entstanden Strandabschnitt der Blauen Lagune. Viele Touristen aus Tschechien und Polen sind gewohnt, einfach mit Karte zu zahlen, was aber auf Grund der zu geringen Internetqualität zurzeit nicht möglich ist.

Auch beim Besuch des erst knapp 2 Wochen vorher eröffneten Hotels „Insel der Sinne“, direkt am See bei Hagenwerder, mussten wir von vielen Hürden bei den Genehmigungen hören. Es ist kaum vorstellbar, dass Investoren von der Kaufentscheidung bis zur Eröffnung 10 Jahre brauchen. So kann man diese natürlich auch abschrecken. Beim Besuch im „Haus Schminke“ in Löbau, wo derzeit Renovierungsarbeiten laufen, klagte man ebenfalls über zu hohe Bürokratie und Probleme mit den Denkmalschützern, die den Investitionswillen des Vereins merklich behindern und zeitlichen Bauverzug hervorrufen. Die letzte Station an diesem Tag war Herrnhut,

wo wir uns von der Familienfreundlichkeit der Herrnhuter Sterne GmbH überzeugen konnten. Bei dem Besuch der Brüderunität Herrnhut beklagte man sich über die vielen touristischen Alleingänge in unserer wunderschönen Oberlausitz. Die Region sollte sich als großes Ganzes vermarkten. Acht touristische Gebietsgemeinschaften sind eindeutig zu viel und schaden der Region, da der kleinteilige Tourismus in Zukunft weniger Förderungen in Anspruch nehmen kann, so die Äußerung von Ministerium und Landestourismusverband.

Nun bleibt abzuwarten, ob Minister Dulig neben den schönen Dingen während seiner Reise, wie Radfahren oder Bootstouren samt vieler Fototermine, diese kritisch angesprochenen Dinge von Bürgern, Investoren und Kommunalpolitikern auch wahrgenommen hat und in seinem Amt als Minister sich kurzfristig für Lösungen der angesprochenen Probleme einsetzt. Die Oberlausitz braucht das dringend.



von  
Silke **Grimm**  
MdL



## Deutschland in den Händen der Clans

Kriminelle Clans spielen in der Berichterstattung meist nur eine ganz untergeordnete Rolle. Mit den Berliner Razzien und der Einziehung von 77 Immobilien von einer aus dem Libanon stammenden Neuköllner Familie im Juli rückte das Thema der Organisierten Kriminalität (OK) nun medial in den Vordergrund.

Nach dem Lagebild 2017 des Bundeskriminalamtes rangierten Berlin, NRW, Bremen und Niedersachsen dabei auf den Spitzenplätzen. Selbst für Laien ist das natürlich keine Überraschung.

Vor allem in den „rot-regierten“ Ländern wurde viel zu lange weggeschaut, geschwiegen und gekuscht, wenn es zur Feststellung und Bekämpfung der OK kam – oder besser gesagt, hätte kommen sollen. Über Jahrzehnte konnten sich Netzwerke von osteuropäischen und arabischen Clans in Deutschland festsetzen, zunehmend auch afrikanische. Die Bundesrepublik, ein Eldorado für Kriminelle aus der ganzen Welt! Dass Experten von Polizei und Kriminalämtern nun an einer bundesweiten besseren Erfassung von Straftaten polizeibekannter Clans arbeiten wollen, ist genauso richtig, wie verspätet. Längst konnten sich Ableger von Clans bis in kleine Orte „vorarbeiten“ und viel zu lange ungestört ihren schmutzigen Geschäften nachgehen.

Diese Entwicklungen machten auch vor Sachsen nicht halt. Die AfD Fraktion im Sächsischen Landtag setzt sich seit ihrer Gründung mit dem Thema der OK auseinander, stellte u. a. Große Anfragen dazu

(Drs. 6/8753, Drs. 6/11109).

Da mich als sicherheitspolitischer Sprecher der Fraktion das Thema besonders beschäftigt, hakte ich mit diversen Kleinen Anfragen ebenfalls nochmal nach. Insgesamt wurde offenkundig, dass auch die sächsischen Sicherheitsbehörden viel zu wenig Kraft in die Aufklärung und Bekämpfung dieser besonders krassen Form der Kriminalität stecken. Nach dem Wissen - oder richtiger formuliert: Nichtwissen - der Staatsregierung soll es in den Jahren 2006 bis 2016 in Sachsen zu keinem einzigen Fall der tatsächlichen oder auch nur versuchten Einflussnahme durch Mitglieder der OK auf Wirtschaft, Medien, Politik und Behörden (inkl. Gerichte) gegeben haben.

Anders als davor, sollen ausgerechnet 2015 und 2016 in Sachsen keine Banden nordafrikanischen Ursprungs im OK Bereich agiert haben. Damit aber nicht genug: In den Jahren 2014, 2015 und 2016 soll kein einziger Tatverdächtiger im Organisierten Kriminalitätsbereich aus Polen gekommen sein.

Die oft fehlenden Erkenntnisse und das viel zu späte Handeln bei der Bekämpfung von Kriminalität zeigen, wie wichtig eine starke AfD ist. Mit uns in Regierungsverantwortung wird Schluss sein mit Kuscheljustiz und Samthandschuhpolizei.



von  
Carsten **Hütter**  
MdB  
MdB



### Blauer Brief

von  
Andreas-Albrecht **Harlaß**  
Pressesprecher

## Rassismus-Vorwurf Mittel zum Zweck?

Sind wir Deutschen latent rassistisch veranlagt, eventuell qua Abstammung? Es soll uns jedenfalls Glauben gemacht werden. Seit mehreren Tagen läuft in sozialen Netzwerken eine „Debatte“ in Dauerschleife gegen die Deutschen. Der Staatsfunk erklärt uns in Nannymanier sinngemäß: Heute ist Rassist, wer einen Einwanderer fragt, woher er stamme oder wer einen türkische Gemüsehändler nach seiner Meinung zu Erdoğan befragt. Man würde die Türken damit auf Gemüsehändler reduzieren. Der Beispiele für solchen politischen Tinnef gäbe es viele. Rassismus gegen Deutsche oder überhaupt weiße Bürger gibt es hingegen nicht. Zumindest nicht nach Lesart des linksgrünen, ideologischen Blocks, der von der CDU gestützt oder geduldet wird. Kaum ein Thema in den Medien, die zum politisch-medialen Komplex gehören, über rassistische Gräueltaten an weißen Farmern in Südafrika - ausgeführt von Schwarzafrikanern. Während über Juden mit Kippa, die aus rassistischen Gründen in Großstädten von Arabern oder Türken zusammengeschlagen oder deren Vergasung auf Demonstrationen gefordert wird, noch ab und an berichtet wird, ist es kein Thema, wenn deutsche Schüler in muslimisch dominierten Migrantenklassen „abgezogen“, verprügelt, als Kartoffel und Scheiß-Deutscher beschimpft werden. Solche Debatten, wie die eingangs genannten, dürften lediglich einem Zweck dienen: Uns autochthone Bürger einzuschüchtern, damit wir nicht laut danach fragen, warum die einheimische Bevölkerung ihre erarbeiteten Werte ohne Gegenleistung mit Einwanderern aller Couleur teilen soll.



Symbolbild: Kriminalität

